

Hannover Anzeiger 4-11-2004

# Beim Sendemast an einem Strang gezogen

Alle Fraktionen fordern mit Gemeinschaftsantrag Standortplanung für flächendeckende und strahlungsarme Mobilfunkversorgung

**Bruchköbel (ju).** Für eine Sensation sorgten am Dienstagabend die Bruchköbeler Stadtverordneten: Über alle Parteigrenzen hinweg fanden sie eine vorläufige Lösung für das schwierige Thema Mobilfunk und überraschten damit die 52 Mitglieder der Initiative Mobilfunkfreie Wohngebiete Bruchköbel, die im Stadtparlament einen heftigen Schlagabtausch erwartet hatten. Mit den Stimmen aller Abgeordneten wurde vereinbart, den Nutzungsvertrag für die Mobilfunkanlage am Sportplatz zunächst um zwei Jahre zu verlängern und für das Stadtgebiet eine Standortplanung (GSM, UMTS) zu erstellen.

Eingebracht worden war dieser Auftrag in Form eines von allen vier Fraktionen unterzeichneten Änderungsantrages, der bei einer Enthaltung einstimmig abgesegnet wurde. Er formuliert auch das Ziel, die flächendeckende mobilfunktechnische Versorgung zu gewährleisten und die Strahlenbelastung für die Bevölkerung zu minimieren. Der Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr soll hierfür die Voraussetzungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht vorbereiten und einen Umsetzungsvorschlag für die Stadtverordnetenversammlung erstellen.

Mit diesem Antrag wurde die ursprüngli-

che Beschlussvorlage, die Bürgermeister Michael Roth (CDU) in das Gremium eingebracht hatte, quasi überholt und somit obsolet. Nach dieser ursprünglichen Vorlage war vorgesehen, den im Februar 2002 gekündigten Nutzungsvertrag für die Mobilfunkanlage am Sportplatz für weitere drei Jahre zu verlängern.

Mit Freude nahm denn auch Bürgermeister Roth zur Kenntnis, dass sich alle Fraktionen auf eine gemeinsame Richtung geeinigt haben. Er musste sich – aller Einigkeit zum Trotz – wenig später von der SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Margit Führes vorhalten lassen, dass die Stadt zweieinhalb Jahre lang geschlafen habe. Auch die Behauptung des Bürgermeisters, dass bei einer Abschaltung der Anlage am Sportplatz etwa die Hälfte der Kernstadt „von der mobilen Telefonie ausgeschlossen“ werde, könne nicht nachgewiesen werden. Dennoch, so Führes weiter, habe sich die SPD mit den anderen Fraktionen auf den gemeinsamen Änderungsantrag geeinigt, weil dieser „das kleinere Übel“ und somit die einzige Chance darstelle, den aktuellen Antrag zu verhindern. „Wir werden Sorge tragen, dass alles auch umgesetzt wird“, bekräftigte die SPD-Fraktionsvorsitzende.

„Wir hoffen auf ein konstruktives Miteinander, auch mit den Bürgern dieser Stadt“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsit-

zende Alexander Rabold. Durch das Verfahren im Bau- und Umweltausschuss entstehe Transparenz, so bekämen auch die Mobilfunkgegner eine Stimme.

Dass sich die Grünen mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf den gemeinsamen Änderungsantrag verständigt haben, machte deren Vorsitzender Uwe Ringel deutlich. Er beklagte, dass dem vor zweieinhalb Jahren in der Stadtverordnetenversammlung gestellten Antrag auf Verringerung der Strahlenbelastung keine Taten gefolgt seien und kritisierte die Verwaltung und die ungleichmäßige Information der verschiedenen Stadtverordnetenfraktionen.

Bürgermeister Roth und Erster Stadtrat Karlheinz Dziony klärten darüber auf, dass vor 14 Tagen Messungen durchgeführt worden seien, um Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dabei seien Werte von drei Prozent des Grenzwertes ermittelt worden. Karlheinz Dziony strich die Einmaligkeit der Ereignisse heraus. Nicht nur, dass sich alle Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag verständigt hätten. Auch das Lob aus dem Munde von Dr. Führes – sie hatte sich nachdrücklich beim Ersten Stadtrat für die gemeinsame Sitzung der letzten Woche bedankt – „grenzt an ein Wunder“. Dziony, der beklagte, dass die Verwaltung sich mit üblen

Beschimpfungen in Briefen und E-Mails konfrontiert sah, schilderte, dass man sich mit Kommunen wie Maintal, Gräfelting und Attendorn auseinander gesetzt habe, die vor ähnlichen Problemen stünden oder standen.

---

BI mit lachendem und weinendem Auge

---

Nach der Stadtverordnetenversammlung lud die Initiative Mobilfunkfreie Wohngebiete (Imowob) zu einer Pressekonferenz. Dabei bezeichnete deren Sprecher Alfred Tittmann zwar die Entscheidung der Stadtverordneten als „Kehrtwende, die eindeutig auf unsere Protestschreiben zurückzuführen ist“, dennoch sieht er das Probleme noch lange nicht gelöst. Von Anfang an habe die BI nicht etwa pauschal den Mobilfunk bekämpft, sondern ein flächendeckendes Mobilfunk-Gesamtkonzept für die Stadt gefordert, das bei minimaler Belastung eine problemlose Versorgung garantiere. Die Initiative sieht den Gemeindefrieden gestört und wirft dem Bürgermeister vor, wertvolle Zeit vergeudet zu haben, weil er persönlich nicht von der Gesundheitsschädlichkeit der Mobilfunkstrahlung überzeugt sei. Mit dem Dank an die Parlamentarier und dem Aufruf, die Entwicklung wachsam zu begleiten, schloss die Pressekonferenz.